

**DE**

**Ad-hoc-Gruppe  
zur Konferenz  
zur Zukunft Europas**

**ENTWURF EINER ENTSCHLIEẞUNG**  
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss  
  
**Ein neues Narrativ für Europa**

Entschließung des EWSA zur Konferenz zur Zukunft Europas

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Berichterstatter: **Stefano Mallia** (Gruppe I)

**Oliver Röpke** (Gruppe II)

**Séamus Boland** (Gruppe III

# **Einleitung**

## Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet Europa die einzigartige Gelegenheit, die Verbindung zu den europäischen Bürgerinnen und Bürgern wieder zu stärken und mit ihnen zusammenzuarbeiten, auch über Akteure der Zivilgesellschaft, so dass sie ihre gemeinsame Zukunft wirklich mitgestalten können. Es ist nun an der Zeit, das Versprechen aus Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union einzulösen, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen, und einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft zu pflegen.

## Nach Auffassung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) hängt der Erfolg der Konferenz auch davon ab, ob es gelingt, ein neues Narrativ für Europa zu entwerfen, das seine Wurzeln im Alltag der Bürgerinnen und Bürger Europas hat und mit dem sie sich identifizieren können. Ein solches Narrativ muss mehr sein als eine bloße Aufzählung der Errungenschaften. Es muss vielmehr konkret eine gefühls- und verstandesmäßige Verbundenheit zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern schaffen. Strategische Themen sollten unter einem gemeinsamen Blickwinkel betrachtet werden, um die drohende Gefahr eines Europas à la carte abzuwenden. Ziel ist es, das so dringend nötige, auf gemeinsamen Werten beruhende Gemeinschaftsgefühl neu zu entdecken und wiederzubeleben und damit Europa neue Impulse für die Bewältigung aktueller und künftiger Herausforderungen zu geben.

## Der EWSA ist in allen Mitgliedstaaten tief in sämtlichen gesellschaftlichen Gruppen verwurzelt (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft insgesamt) und verfügt deshalb über die besten Voraussetzungen, um die organisierte Zivilgesellschaft wirksam einzubinden, *da er über die dafür erforderlichen Netze verfügt*. *Dieses Fachwissen macht ihn einzigartig und bildet seine Daseinsberechtigung*. Die ständige Beteiligung des EWSA an der gesamten Konferenz, einschließlich des Exekutivausschusses, ist von entscheidender Bedeutung.

## Der EWSA muss umfassend in die Leitungsstruktur der Konferenz eingebunden werden. Er ist entschlossen, wirkungsvolle und klare Vorschläge vorzulegen, die auf seinem Narrativ und seiner Vision für die Entwicklung der EU in den nächsten Jahrzehnten beruhen. Der Ausschuss bekräftigt seine feste Überzeugung, dass die Konferenz Vorschläge und Lösungen liefern muss, die zu echten und spürbaren Ergebnissen für die Bürgerinnen und Bürger der EU führen. Deshalb muss die Konferenz konkrete und messbare Fortschritte erzielen und darf sich nicht in unverbindlichen Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern erschöpfen, die nirgendwohin führen. Insofern weist der Vorschlag von Kommissionsvizepräsident Šefčovič, die Schlussfolgerungen der Konferenz in das Arbeitsprogramm 2022 der Kommission einfließen zu lassen, in die richtige Richtung. Dies ist ein entscheidender Punkt, der die Glaubwürdigkeit und die Ziele dieses gesamten politischen Prozesses belegt.

## Die Leitung der Konferenz sollte den Umfang und die Ziele der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft festlegen, die gleich zu Beginn mitgeteilt werden müssen. Auch das Wissen um den Zweck der Partizipationsinstrumente kann dazu beitragen, die Ziele mit den verfügbaren Mitteln abzustimmen, sowohl was die Form des Verfahrens als auch was den Finanzrahmen angeht. Die Leitungsstruktur wird unweigerlich auf unterschiedliche Formate und Methoden der Partizipation zurückgreifen, abhängig von der jeweiligen Phase und Ebene, und Möglichkeiten finden müssen, die Europäer zu erreichen, die noch motiviert werden müssen, auch mitzumachen. Der Beitrag der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft sollte von der Politik und den Institutionen aufgegriffen werden und in deren Entscheidungen erkennbar sein, sonst könnte das Vertrauen rasch schwinden. Wir dürfen nicht zu viel erwarten. Ein Feedback-Mechanismus stellt sicher, dass die auf Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz vorgebrachten Ideen zu konkreten Empfehlungen für EU-Maßnahmen führen.

## Der knappe Zeitrahmen der Konferenz bringt Beschränkungen für alle Beteiligten mit sich. Die Konferenz sollte deshalb lediglich als Beginn eines kontinuierlichen Prozesses für eine engere Zusammenarbeit mit den europäischen Bürgern verstanden werden, aufbauend auf dieser Anfangsphase. Die Gelegenheit sollte genutzt werden, um die Art und den Umfang der Zielvorgaben für alle Politikfelder, einschließlich der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, zu überdenken.

## Die Beratungen der Konferenz müssen aufgegriffen und von allen Akteuren aufgeschlossen wahrgenommen werden – also ergebnisoffen gegenüber allen Optionen und ohne dass im Voraus feststeht, was als nächstes zu tun ist. Diesbezüglich hat die EU in den vergangenen Jahren einige Initiativen und Instrumente ins Leben gerufen, die nun umgesetzt werden müssen. Die Umsetzung muss regelmäßig überwacht werden, und die Fortschritte bei den beschlossenen Maßnahmen und Instrumenten auf EU-Ebene müssen aufmerksam verfolgt werden.

# **Ein neues Narrativ für Europa – Herausstellung der hohen Lebensqualität und guten wirtschaftlichen Voraussetzungen als Vorzüge Europas**

## Vor diesem Hintergrund schlägt der EWSA ein neues Narrativ für Europa vor, das die fernere und jüngere Vergangenheit Europas mit der Gegenwart verbindet, und zeichnet eine Vision für die Zukunft, die auf der Zusammenarbeit über Grenzen hinweg beruht und so die Menschen in Europa zusammenrücken lässt. Dieses Narrativ beruht auf den Werten der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit, der Zusammenarbeit über Generationengrenzen hinweg, der Gleichstellung der Geschlechter, nachhaltigem Wohlstand und einer gerechten Ökowende und Digitalisierung. Diese Werte bedürfen dringend der Unterstützung durch die Öffentlichkeit, um unsere Wachstums- und Governance-Modelle auf Nachhaltigkeit auszurichten, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen und die Organisationen der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt des Wiederaufbaus und der Erholung zu rücken.

Unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen ein Europa, das

* anerkennt, dass die Zivilgesellschaft die Hüterin des Gemeinwohls und entscheidend für die Ermittlung von Lösungen für die gemeinsamen Herausforderungen Europas ist,
* einen gerechten und nachhaltigen Wiederaufbau nach der COVID-19-Krise in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückt, der den Weg zu einer inklusiveren Gesellschaft ebnet und langfristig für Wettbewerbsfähigkeit sorgt, wobei die einander bedingenden Krisen in den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft, Demokratie, Demografie und Klima in den EU-Mitgliedstaaten, die erforderliche Ökowende und Digitalisierung sowie der längerfristige Strukturwandel, der von der Pandemie angestoßen wurde, umfassend zu berücksichtigen sind. Die europäische Wirtschaft muss uneingeschränkt unterstützt werden, damit sie sich nach dem Stillstand wieder erholen kann. Wichtig dabei sind Aufwärtskonvergenz, die Stärkung des Zusammenhalts, sozialer Schutz, mehr Investitionen in öffentliche Dienstleistungen, die Nachhaltigkeitsziele und die Reduzierung der Armut,
* die wirtschaftliche und soziale Erholung, unternehmerische Initiative, einen gerechten Wandel, die Schaffung guter Arbeitsplätze, Bildung und Kompetenzerwerb, Innovation, Investitionen in Infrastruktur und Gesellschaft, Senkung der CO2-Emissionen, Digitalisierung, Vollendung des Binnenmarkts sowie wirtschafts- und währungspolitische Integration fördert,
* alle Bürgerinnen und Bürger, auch die am stärksten benachteiligten, schützt und ihre Gesundheit und Sicherheit sowie ihr Wohlergehen, Umwelt und biologische Vielfalt gewährleistet,
* Vielfalt, Geschlechtergleichstellung, Grundrechte, Demokratie, sozialen Dialog und inklusive Governance achtet und unterstützt und
* sich für Frieden, Sicherheit und Fortschritt in der Welt durch Multilateralismus, Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, sozialen Dialog, die Nachhaltigkeitsziele, Diplomatie und einen offenen, fairen sowie nachhaltigen Handel einsetzt.

## Der EWSA ist der einhelligen Auffassung, dass der zweifache Wandel, das heißt die Ökowende und die Digitalisierung, von außerordentlicher Bedeutung sind, um Europas Wettbewerbsfähigkeit, Solidarität und Resilienz im Umgang mit künftigen Krisen immer mit dem Ziel der Nachhaltigkeit zu stärken. Die COVID-19-Pandemie ist die schlimmste Krise, mit der die EU seit ihrer Entstehung konfrontiert war. Die Pandemie hat uns deutlicher denn je vor Augen geführt, dass die EU in der Lage sein muss, entschlossene und kohärente Antworten zur Verbesserung der politischen, gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension der EU zu geben. Diese Konferenz bietet der EU die einmalige Gelegenheit, dies zu erreichen.

Die Folgen der Pandemie für unsere Bürgerinnen und Bürger, Gesellschaften und Volkswirtschaften machen die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Ansatzes sehr deutlich. Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass es gute Gründe für gemeinsames Handeln gibt, sie hat aber auch aufgezeigt, wo Europas Schwächen im Umgang mit solchen grundlegenden Herausforderungen liegen. Die EU befindet sich inzwischen im ständigen Krisenmodus, daher muss sie ihre Krisenbewältigungskapazitäten stärken, um das Wirklichkeit werden zu lassen, was die Europäer wünschen und verdienen.

## Die Krise hat zudem deutlich gemacht, dass sich die EU verstärkt dafür einsetzen muss, dass Unternehmen, Arbeitnehmer sowie Menschen, die unter Armut und sozialer Ausgrenzung leiden, vor den Auswirkungen der jüngsten ebenso wie künftiger Veränderungen ausreichend geschützt sind. Außerdem hat COVID-19 gezeigt, dass nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden muss und dass mehr in hochwertige Systeme der Gesundheitsversorgung, in Pflege, Bildung und Sozialleistungen in der gesamten EU investiert werden muss. Entscheidend wird sein, die Koordinierung gesundheitspolitischer Fragen auf EU-Ebene ebenso zu verbessern wie den Umgang mit grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und die Gesundheitssysteme in der EU zu stärken.

## Die EU verfügt über einige wichtige Stärken, auf die sie setzen kann, wie z. B. ihren Binnenmarkt, einen der größten Märkte weltweit, und eine Reihe nicht verhandelbarer Grundwerte[[1]](#footnote-1), die integraler Bestandteil der europäischen Gesellschaft und Demokratie sind. Zudem kann sie auf Solidarität bauen, wie die ehrgeizige Aufbau- und Resilienzfazilität zeigt, die eine wirksame Umsetzung der nationalen Aufbaupläne erfordert. Oberstes Ziel der EU muss es sein, unser Modell der sozialen Marktwirtschaft zu stärken, bei dem eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Wirtschaft mit einer gut entwickelten Sozialpolitik Hand in Hand geht. Daraus folgt, dass die Verwirklichung des europäischen Grünen Deals, den der EWSA von Beginn an unterstützt hat, der Weg ist, den wir gehen müssen. Der Grüne Deal ist die neue europäische Wachstumsstrategie, in deren Mittelpunkt Wohlstand, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit stehen. Eine gerechte Umstellung auf eine klimaneutrale Lebensweise, die Förderung guter Arbeitsplätze sowie von nachhaltigem Unternehmertum und Innovation, einschließlich der Kreislaufwirtschaft und der Sozialwirtschaft, werden für ein florierendes Europa von entscheidender Bedeutung sein.

## Allerdings steht die EU auch vor großen Herausforderungen: Die Pandemie wird die Ungleichheiten sowohl zwischen den als auch innerhalb der Mitgliedstaaten weiter verschärfen. Daher ist es wichtig, beiden Seiten der Medaille gerecht zu werden: Die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und der Unternehmen jeder Größe, insbesondere der KMU, muss weiter gestärkt werden. Zugleich sollte Europa mehr Ehrgeiz bei der konkreten Verwirklichung seiner sozialen Dimension entwickeln und dabei darauf achten, dass niemand zurückgelassen wird.

## Für den Schutz ihrer Werte und die Umsetzung ihrer Prioritäten muss sich die EU auch auf der weltwirtschaftlichen Bühne positiv positionieren. In einer Welt, die nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf politischer Ebene durch starken Konkurrenzdruck und Spannungen geprägt ist, muss die EU als globaler Akteur ihre Interessen und Werte wirksamer verteidigen. Zur offenen strategischen Autonomie zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der EU in entscheidenden Wirtschaftsbereichen muss sich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gesellen, um Lösungen für gemeinsame Herausforderungen wie den Klimawandel voranzubringen und das regelbasierte multilaterale System zu stärken.

## Die Pandemie hat die Bedeutung einer starken und widerstandsfähigen industriellen Basis in Europa deutlich herausgestellt. Europa braucht eine ehrgeizige Industriepolitik, die die Digitalisierung und die Nachhaltigkeitswende voranbringt und zugleich die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas stärkt. Eine neue Industriepolitik, die verschiedene Politikbereiche (darunter Handel, Qualifikationen, Investitionen, Forschung und Energie) umfasst, muss die künftig wichtigsten Wirtschaftszweige und Faktoren für den Wandel kontinuierlich antizipieren und die richtigen Rahmenbedingungen, einschließlich der erforderlichen Qualifikationsprofile, schaffen, um der europäischen Industrie weiterhin eine weltweit führende Rolle bei Technologien und Innovationen sowie die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und eines nachhaltigen Wachstums für Europa zu ermöglichen. Indem Europa Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen fördert, macht es sein sozioökonomisches Modell zukunftsfest.

## Die EU muss unbedingt die Chance nutzen und ihre Industrie und deren Lieferketten modernisieren und umgestalten, damit diese in einer Welt mit geringeren Emissionen wettbewerbsfähig bleiben. Die Bewältigung der mit der langfristigen Umstellung verbundenen Herausforderungen erfordert eine frühzeitige Antizipation des Wandels sowie ein aktives Veränderungsmanagement seitens der politischen Entscheidungsträger, der Sozialpartner, der Organisationen der Zivilgesellschaft und der wichtigsten Interessenträger in den betroffenen Ländern und Regionen. Sozialer Dialog, Information, Anhörung und Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Vertretungsorganisationen spielen eine Schlüsselrolle bei der vorausschauenden Bewältigung von Veränderungen. Hierauf kommt es für Europa entscheidend an, denn es kann nur dann erfolgreich sein, wenn beim Wiederaufbau und in der künftigen Politik sowohl die Unternehmen als auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Mittelpunkt stehen. Wettbewerbsfähigkeit und Inklusivität müssen Hand in Hand gehen, denn es sind schließlich die wirtschaftlich leistungsfähigsten Mitgliedstaaten, die auch die höchsten Sozialstandards haben, und nicht umgekehrt.

1. **Die Rolle des EWSA**
   1. Um die Rolle des EWSA zu stärken, muss er seine Relevanz und seinen Mehrwert als beratende Einrichtung beweisen, und das anhand seiner einzigartigen Funktion als Brücke über die Kluft erstens zwischen politischen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft, zweitens zwischen verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft und drittens zwischen Akteuren auf nationaler und europäischer Ebene. Vor allem muss eine länderübergreifende Debatte angestoßen werden, die die europäischen Debatten auf der Ebene der Mitgliedstaaten miteinander verbindet.
   2. Der Standpunkt des EWSA sollte aus einer echten Debatte hervorgehen, ausgehend von den Beiträgen zivilgesellschaftlicher Akteure, und einen von unten nach oben angelegten Ansatz verfolgen. Nur mit einem solchen Ansatz lässt sich sicherstellen, dass alle Standpunkte berücksichtigt werden und klare und effektive Ergebnisse zustandekommen.
   3. Mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) sollte eine Zusammenarbeit aufgebaut und gemeinsame Going-local-Aktivitäten organisiert werden, wobei den unterschiedlichen, einander ergänzenden Zuständigkeiten beider Institutionen umfassend gerecht zu werden ist.
   4. Der EWSA ist aufgefordert, über seine Mitglieder auf der Plenarversammlung der Konferenz und über seine Beobachter im Exekutivausschuss als institutioneller Mittler zwischen der Konferenz und den nationalen Vertretungsorganisationen der Zivilgesellschaft zu agieren.
   5. Der EWSA hat eine Ad-hoc-Gruppe eingerichtet, die sich auf einen Fahrplan mit folgenden Zielen verständigt hat:

* Verbesserung der Möglichkeiten zur Einbindung und Vernetzung der Akteure der Zivilgesellschaft, insbesondere durch Interaktion mit und Aktivierung der Basis der EWSA‑Mitglieder vor Ort;
* Aufwertung und Stärkung der Rolle und des Einflusses des EWSA;
* Erbringung eines strukturierten Beitrags der Zivilgesellschaft zur Politikgestaltung der EU durch entsprechende Vorschläge an den Rat, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission dazu, wie die Funktionsweise der EU und die Arbeit des EWSA im Gesetzgebungsverfahren verbessert werden können.
  1. Berichterstattung über die Debatten und Dialoge in den Mitgliedstaaten und im Rahmen der Konferenz auf der EWSA-Plenartagung mit Teilnahme von Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP), AdR-Mitgliedern, Kommissionsmitgliedern und Ministern des Rates.

# **Schlussfolgerungen**

# **Wir wünschen uns für die Zukunft, dass die Zivilgesellschaft das Sagen hat**

Der EWSA ist der Auffassung, dass die Europäische Union ein starkes und gemeinsames Narrativ braucht.

Deshalb gilt es, ein Bild von Europa zeichnen als: 1) Hüter gemeinsamer Grundwerte wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, 2) weltweiter Vorreiter für Nachhaltigkeit, offenen und fairen Handel und Multilateralismus, 3) Hort eines einzigartigen Wirtschafts- und Sozialmodells auf der Grundlage von fairem Wettbewerb und Solidarität in einem Raum ohne Binnengrenzen und 4) Schöpfer eines nachhaltigen Wohlstands. Bei all dem muss eine starke europäische Zivilgesellschaft der Ausgangspunkt sein.

* 1. Die Konferenz zur Zukunft Europas sollte dazu dienen, einen dauerhaften Wandel in der EU herbeizuführen und die Bürgerinnen und Bürger sowie die organisierte Zivilgesellschaft stärker und wirksamer am europäischen öffentlichen Raum zu beteiligen. Als erster Schritt in diesem Prozess muss die Zivilgesellschaft partnerschaftlich und eng zusammenarbeiten, sich vernetzen, bewährte Verfahren austauschen und einen Konsens anstreben.
  2. Bei der Suche nach Lösungen für die Herausforderungen von heute spielen die Organisationen der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle. Der EWSA fordert die EU-Organe und die Regierungen auf, diese so wichtige Rolle der organisierten Zivilgesellschaft bei der Schaffung von Vertrauen und als öffentliche Meinungsbildner sowie als positive Akteure des Wandels anzuerkennen. Außerdem muss die EU unbedingt die zentrale Rolle der Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Förderung und Verteidigung der europäischen Werte, der Demokratie, der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit vor dem Hintergrund zunehmenden Illiberalismus, Populismus und des schwindenden zivilgesellschaftlichen Raums unterstützen.
  3. Der Schlüssel zur Erneuerung und zum wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau der EU besteht darin, sicherzustellen, dass alle Teile der Gesellschaft wirksam an der gemeinsamen Gestaltung, Teilhabe, Umsetzung und Bewertung der EU-Politik beteiligt werden, insbesondere an den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen sowie künftigen nationalen Reformprogrammen. Hierbei sollte auf vorhandene Konsultationsstrukturen wie das Europäische Semester zurückgegriffen und die Zivilgesellschaft ausdrücklich als wichtiger Partner bei der Umsetzung sowie als Begünstigte anerkannt werden.
  4. Für die theoretische Konzeption und praktische Schaffung dieser resilienten, gleichberechtigten und nachhaltigen Gesellschaften werden Bottom-up-Initiativen gebraucht, die neue Definitionen von Wohlergehen und Entwicklung über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinaus umfassen und den Ansichten und Rechten der Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen. Darüber hinaus ist es unerlässlich, die in der Pandemie eingeführten Einschränkungen der Rechte nach dem Ende der COVID-19-Krise wiederaufzuheben.
  5. Schließlich hält der EWSA auch die kontinuierliche Bewertung der vorgeschlagenen Maßnahmen politischer und anderer Art für sehr wichtig. Der EWSA wird sich mit einem fundierten Beitrag hieran beteiligen, für den er sich auf die Erfahrung und das Wissen stützt, das er im Dialog mit den Bürgern aus der gesamten Gesellschaft in allen EU-Mitgliedstaaten gesammelt hat.

## Brüssel, den 22. April 2021

1. Artikel 2 EUV. [↑](#footnote-ref-1)